

POLITISCHER HINTERGRUNDBERICHT

Projektland: Marokko
Datum: August 2016

Reformpolitik auf dem Prüfstand – Marokko vor den Parlamentswahlen

Zum vierten Mal werden am 7. Oktober 2016 unter der Regentschaft von König Mohammed VI. Parlamentswahlen stattfinden. Sie werden die zweiten sein, die seit Inkrafttreten der neuen Verfassung vom Juli 2011 durchgeführt werden.

Die administrativen und formalen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, bevor am 24. September der offizielle Wahlkampf beginnen wird. Zwar zeichnen sich erste Prognosen und Tendenzen bereits ab, doch besteht die größte Herausforderung des zukünftigen Regierungschefs darin, mögliche Alliierte und Koalitionspartner zu finden.

Mehr als 30 Parteien werden bei den kommenden Parlamentswahlen um die Verteilung der 395 Sitze kämpfen. Gemäß Artikel 47 der Verfassung wird der Regierungschef aus den Reihen der stärksten Partei vom König mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

Bilanz der Regierung Benkirane I und II

Marokko ist eines der wenigen arabischen Länder, das seit seiner Unabhängigkeit über ein Mehrparteiensystem verfügt. Die Parteiendemokratie und Alternance-Regierung (Wechsel zwischen Regierung und Opposition), sind seit jeher Teil des politischen Systems. Die Parlamentswahlen im Jahr 2011 markierten einen Wendepunkt für die parlamentarische Praxis und Regierungsarbeit im nordafrikanischen Königreich. So wurde erstmals auf der Grundlage der neuen Verfassung von 2011 ein Kandidat der stärksten politischen Kraft vom König zum Regierungschef (zuvor Premierminister) ernannt und mit der Regierungsbildung beauftragt. Außerdem konnte die langjährige Oppositionspartei, die konservativ-islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD – Parti de la justice et du développement), die meisten Stimmen für sich gewinnen. Daraufhin konnte sich die PJD zum ersten Mal an einer Regierungskoalition beteiligen und auch deren Führung übernehmen. Mit der Regierungsübernahme am 3. Januar 2012 löste die PJD die Koutla démocratique¹ ab.

¹ Die Koutla (arabisch für Block) ist eine im Jahr 1970 gegründete und 1998 neu formierte politische Allianz, an der sich folgende Parteien Marokkos beteiligten: Partei der Unabhängigkeit (Istiqlal), Sozialistische Union der Volkskräfte (USFP – Union Socialiste des Forces Populaires), Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS - Parti du progrès et du socialisme) und der Organisation für volksdemokratisches Handeln (OADP – Organisation de l'Action

Mit dem Regierungswechsel und dem neuen Regierungschef, Abdelilah Benkirane (PJD), kam es auch zu Veränderungen in den Führungen der größten politischen Parteien, die bisher in den Händen einflussreicher Großfamilien lagen. Mit der Wahl zweier populistischer und volksnaher Politiker – Hamid Chabat (Istiqlal) und Driss Lachgar (USFP) – an die Spitze der beiden historischen Parteien Istiqlal² und USFP³, konnte sich eine neue Klasse politischer Leader etablieren.

Die vergangene Legislaturperiode stellte sich als Probe für die ersten Regierungserfahrungen der PJD heraus. Bereits nach der ersten Regierungsumbildung im Oktober 2013 und der Umbesetzung von vier Ministerposten im Mai 2015 macht das Verhältnis zwischen den derzeitigen vier Koalitionsparteien (PJD, RNI⁴, PPS⁵ und MP⁶), trotz heftiger Kritik seitens der Opposition, einen relativ harmonischen Eindruck. Ob und wie zufrieden die Bevölkerung mit der aktuellen Regierung ist, wird sich am 7. Oktober zeigen.

Aufgrund unpopulärer Reformen, die oftmals an strenge Auflagen internationaler Finanzinstitute gebunden sind, blieb die Regierung von harscher Kritik seitens der Opposition, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft nicht verschont. Ein Beispiel solcher Maßnahmen ist die Reform der Kompensationskasse, die infolge des sukzessiven Abbaus der Subventionen für Grundnahrungsmittel und anderer wichtiger Produkte (Zucker, Mehl, Gas, etc.) und der damit einhergehenden Preisliberalisierung zu Preissteigerungen führte. Darüber hinaus erfolgte eine Reform der Rentenkasse und des Renteneintrittsalters (von 60 auf 63 Jahre) für Beamte. Schwieriger als erwartet erwies sich der Kampf gegen Korruption und Rentenökonomie, doch konnte die Regierung das Haushaltsdefizit in der Legislaturperiode fast um die Hälfte reduzieren (von 7,5% im Jahre 2012 auf aktuell 4,3% des BIP) und enorme Fortschritte im Bereich der Umweltpolitik⁷ verzeichnen. Gerne wird die Effizienz der Regierungsarbeit an der legislativen Bilanz des Parlaments gemessen, insbesondere an der Ausarbeitung der in der Verfassung festgelegten Organgesetze, von denen bisher 75% angenommen wurden. Insgesamt hat die PJD dank der Beliebtheit und Volksnähe ihres Parteichefs gute Chancen, erneut stärkste politische Kraft im Land zu werden.

Wahlvorbereitungen laufen auf Hochtouren

Nur 53% aller Wahlberechtigten gingen im Herbst 2015 bei den Regional- und Kommunalwahlen zu den Urnen; immerhin stieg die Wahlbeteiligung um 8% im Vergleich zu den letzten Parlamentswahlen 2011. Der großen Politikverdrossenheit und niedrigen Wahlbeteiligung versucht man bereits im Vorfeld der Wahlen entgegenzuwirken: Am 8. August endete die offizielle Frist für die im Radio,

Démocratique Populaire) bis 1998 – heute die Vereinigte Sozialistische Partei (PSU Parti Socialiste Unifié). Die Koutla war von 1992 bis 2012 durchgehend an Regierungskoalitionen beteiligt.

² Partei der Unabhängigkeit

³ Sozialistischen Union der Volkskräfte (USFP Union Socialiste des Forces Populaires)

⁴ Nationale Versammlung der Unabhängigen (RNI - Rassemblement National des Indépendants)

⁵ Partei für Fortschritt und Sozialismus (PPS - Parti du progrès et du socialisme)

⁶ Volksbewegung (MP - Mouvement populaire)

⁷ u. a. die Eröffnung des Solarkraftwerkes Noor I in Ouarzazate im Februar dieses Jahres und das Verbot für die alltägliche und kommerzielle Verwendung von Plastiktüten mit 01.07.2016

Fernsehen, und in den Online- und Printmedien stark beworbene Eintragung in die Wählerlisten. Sie konnte online oder bei den zuständigen Behörden erfolgen und ist für die Stimmabgabe verpflichtend. Einige Parteien, u.a. die Istiqlal, fordern eine Abschaffung dieser umstrittenen Praxis und plädieren für eine Registrierung per Personalausweis. Der Vorschlag wurde vom Innenministerium aus logistischen Gründen abgelehnt⁸. Bis zum 14. September können die Vertreter der politischen Parteien ihre Kandidatur einreichen. Um die politische Repräsentanz von Frauen zu stärken, können sich diese auf einer gesonderten Liste für „Frauen und junge Menschen“ aufstellen lassen. 90 der 395 Parlamentssitze sind für diese Kandidatinnen und Kandidaten reserviert, davon 60 Sitze für Frauen und 30 für junge Menschen. Offiziell wird der Wahlkampf am 24. September beginnen. Wer von den amtierenden Parteivorsitzenden bei den kommenden Parlamentswahlen kandidieren wird, ist noch nicht klar. Nur Nabila Mounib, einzige weibliche Parteichefin, hat ihre Kandidatur für die vereinigte sozialistische Partei (PSU – Parti Socialiste Unifié) zugesagt⁹.

Bereits im Mai erfolgte unter Aufsicht einer Sonderkommission des Nationalen Menschenrechtsrates (CNDH – Conseil National des Droits de l'Homme) die Akkreditierung nationaler Institutionen, Vereinigungen und Organisationen für die Wahlbeobachtung. Die Kommission betonte, sie wolle vor allem die genderspezifische, kulturelle und geographische Vielfalt des Landes und behinderte Menschen unterstützen¹⁰.

Religion und Monarchie – die neutrale Wahrung der Stabilität

Um die Neutralität der monarchischen Institution zu wahren, betonte König Mohammed VI. im Vorfeld der Parlamentswahlen seine Unabhängigkeit in innenpolitischen Angelegenheiten. Anlässlich der Rede zum Thronfest¹¹ am 30. Juli gab er klar zu verstehen, er sei „König aller Marokkaner, der Kandidaten, der Wähler und jener, die sich ihrer Stimme enthalten“ sowie „König aller politischen Formationen, ohne Diskriminierung und Exklusion“.

Im Jahre 2013 machte er beim Bruch der Regierungskoalition von seinem Recht als „oberster Schiedsrichter zwischen den Institutionen“ (Art. 42 der Verfassung) keinen Gebrauch. Gerade in Zeiten, in denen sich eine außenpolitische Neupositionierung Marokkos als nicht so einfach erweist wie erhofft, ist die Wahrung der nationalen Einheit und Unterstützung der Bevölkerung wichtiger denn je.

Die diplomatischen Spannungen mit dem südlichen Nachbarstaat Mauretanien spitzten sich in den vergangenen Monaten zu.

Trotz der Normalisierung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen mit der EU ist das Verhältnis nach wie vor angespannt.

⁸ Vgl. HuffPost Maroc (08.07.2016): Elections législatives 2016: Dernier délai le 8 août pour s'inscrire sur les listes électorales, URL http://www.huffpostmaghreb.com/2016/07/08/elections-maroc-2016_n_10872046.html

⁹ Vgl. Mouhsine, Reda (15.08.2016): Législatives 2016: un scrutin épouvantail pour les chefs de partis URL http://telquel.ma/2016/08/15/legislatives-2016-scrutin-epouvantail-les-chefs-partis_1510725

¹⁰ Für nähere Informationen siehe: <http://www.observation-elections2016.ma/en/>

¹¹ 17. Jahrestag der Thronbesteigung von König Mohammed VI.

Neben der Wahrung der monarchischen Neutralität wird auch die Unabhängigkeit der Religion gesetzlich geregelt. Durch ein königliches Dekret im Jahre 2014 ist die politische und parteipolitische Instrumentalisierung der Religion sowie jeglicher politischer Diskurs von muslimischen Religionsgelehrten vor anstehenden Wahlen (sowohl nationale als auch kommunale und regionale Wahlen) untersagt worden. Ziel ist es, jeglicher Form der Radikalisierung in Moscheen und der Instrumentalisierung von religiösen Stätten für politische oder nicht-religiöse Zwecke entgegenzuwirken. Auch bleibt den marokkanischen Imamen jegliche Partei- oder Gewerkschaftszugehörigkeit verwehrt.

Zuständig für einen demokratischen, freien und fairen Wahlkampf und -ablauf ist das Innenministerium, das bereits entschlossen gegen Korruption und Stimmenkauf vorgeht. Anlässlich des bevorstehenden islamischen Opferfestes Mitte September erteilte das zuständige Ministerium erste Anweisungen, jede Form des Stimmenkaufs (Opferlamm, Schulmaterialien, etc.) bei sozial benachteiligten Bevölkerungsschichten zu unterbinden.

Parteiprogramme und mögliche Koalitionen

Dem unabhängigen Politbarometer TelQuel-Tizi-Averty zufolge sehen knapp 45 Prozent der Marokkanerinnen und Marokkaner den amtierenden Regierungschef, Abdelilah Benkirane an der Spitze der künftigen Regierung. Sein Kontrahent, Ilyas El Omari, Vorsitzender der Partei der Authentizität und Modernität (PAM – Parti Authenticité et Modernité), kommt nur auf 15%¹². Trotz der, im Vergleich zum Vorjahr, sinkenden Umfragewerte für Abdelilah Benkirane hat der populäre Vollblutpolitiker gute Chancen im Rennen um die Regierungsspitze. Hinsichtlich möglicher Wahlergebnisse und einer Regierungskoalition versuchen die Parteivorsitzenden bereits erste Blöcke zu bilden. Entgegen den regierungsinternen Diskrepanzen, die 2013 zum Koalitionsbruch führten, zeigt sich die traditionelle Istiqlal mittlerweile bereit, erneut eine Koalition mit der PJD einzugehen. Die PAM und USFP versuchen bereits im Vorfeld durch einen Zusammenschluss ein Gegengewicht zur PJD herzustellen.

Angesichts der ersten verbalen Auseinandersetzungen zwischen Parteivorsitzenden ist, wie auch bei den vergangenen Kommunal- und Regionalwahlen, mit persönlichen Anfeindungen abseits politischer Inhalte zu rechnen. Kam es während des Wahlkampfes im Herbst 2015 bei den Regional- und Kommunalwahlen zu gegenseitigen Anschuldigungen und Vorwürfen über korruptes Verhalten und Stimmenkauf, so lieferte der im Juli aufgedeckte Skandal rund um den Kauf öffentlicher Grundstücke zu "Freundschaftspreisen" von angeblich einflussreichen Personen, darunter auch amtierende Minister, bereits einen Vorgeschmack auf den kommenden Wahlkampf. Ob das Verhalten der Wähler dadurch beeinflusst wird, bleibt offen. Dennoch ist klar, dass sich neben der Zivilgesellschaft auch die Bürgerinnen und Bürger in verstärktem Maße an der Kontrolle der öffentlichen Politik beteiligen und illegale oder korrupte Praktiken

¹² Vgl. Chambost, Pauline (16.04.2016): Sondage exclusif: 44,9% des Marocains voient Benkirane (re)devenir Chef du gouvernement. URL http://telquel.ma/2016/04/16/intentions-vote-44-benkirane-15-elomari_1492103

ihrer gewählten Vertreter in sozialen Medien aufzeigen. Es bleibt also den Wählerinnen und Wählern vorbehalten, ihre Zufriedenheit mit der gewählten Exekutive und Legislative des Landes kund zu tun oder gegebenenfalls zu sanktionieren.

Die Regierungsprogramme der einzelnen Parteien werden erst nach der offiziellen Nominierung der Kandidatinnen und Kandidaten Mitte September präsentiert werden. Im Mittelpunkt der politischen Agenden wird voraussichtlich die wirtschaftliche Entwicklung des Landes stehen. Angesichts der enormen Einbußen in der Agrarwirtschaft aufgrund der ausbleibenden Regenfälle und der Wasserknappheit sowie des Rückgangs im Tourismus wegen der regionalen Sicherheit, ist Marokko mit einem sinkenden Wirtschaftswachstum¹³ konfrontiert. In Anbetracht der großen Parteiverdrossenheit wird eine der großen Herausforderungen dieser Wahlen sein, die Wähler mit wirtschaftlich und sozial ansprechenden Themen überzeugend für sich zu gewinnen. Ob sich die demokratischen Islamisten, oder besser gesagt die muslimischen Demokraten¹⁴, in Marokko weiterhin als „Partei für alle“ mit breitem gesellschaftlichem Konsens positionieren können, wird sich am 7. Oktober herausstellen.

Ingrid Heidlmayr-Chegdaly ist Wissenschaftskordinatorin der Hanns-Seidel-Stiftung in Rabat / Marokko

Redaktion: Dr. Jochen Lobah, Regionalbeauftragter der Hanns-Seidel-Stiftung für Marokko/Mauretanien mit Sitz in Rabat

IMPRESSUM

Erstellt: 25. August 2016
Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2016
Lazarettstr. 33, 80636 München
Vorsitzende: Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.,
Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf
Verantwortlich: Dr. Susanne Luther,
Leiterin des Instituts für Internationale Zusammenarbeit
Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359
E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de

¹³ Das Wirtschaftswachstum im 1. Quartal 2016 lag bei nur 1,7% im Gegensatz zu 4,7% im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

¹⁴ In Anlehnung an den von Rachid al-Ghannouchi, Vorsitzender der tunesischen Ennahda-Partei, verwendeten Begriff der Selbstbezeichnung 'muslim democrats' für die tunesischen Islamisten. Insbesondere in internationalen Medien machte er darauf aufmerksam, dass die moderat-islamistische Ennahda-Partei entsprechend dem Modell der christlich-demokratischen Parteien in Europa, u. a. die CDU, sowohl demokratische Prinzipien als auch religiöse Werte vereint.